

5. Juni 2019
frei halten!

KRANKENHAUS
STATT **FABRIK**
bedarfsgerecht · gemeinwohlorientiert

Auf zur Gesundheitsminister*innen- Konferenz nach Leipzig!

**Letztes Jahr in Düsseldorf war die Botschaft
an Gesundheitsminister Spahn: Wir müssen reden!**

Die Gesetze und Verordnungen, die danach verabschiedet wurden, sind eine Folge des Drucks – der Straße, der Betriebe, Streiks, der Öffentlichkeit und der Volksentscheide. Spahn versicherte, er habe verstanden.

Ein Jahr später lautet unsere Botschaft: Das reicht nicht! Die Pflegepersonaluntergrenzen sind keine Lösung: Wie schlecht es für die Versorgung ist, wenn mit zu wenig Personal gearbeitet wird, ist nun ausreichend getestet. Wir brauchen keine Untergrenzen in vier Fachgebieten, sondern bedarfsgerechte Personalstandards für alle Krankenhausbereiche! Das Herausrechnen der Pflegepersonalkosten aus den Fallpauschalen (= Diagnosis Related Groups – DRG) und die garantierte Finanzierung von zusätzlichen Pflegestellen für das einzelne Krankenhaus sind ein Schritt in die richtige Richtung. Eine wirkliche Verbesserung wird es erst geben, wenn es eine Personalbemessung für alle Berufsgruppen im Krankenhaus gibt und wenn alle Personalkosten aus den DRGs herausgerechnet und nach einem echten Selbstkostenprinzip abgerechnet werden. Als Konsequenz gehören DRGs und das Pauschalisierte Entgeltsystem für Psychiatrie und Psychosomatik (PEPP) als Finanzierungssystem abgeschafft und eine bedarfsdeckende Krankenhausfinanzierung eingeführt!!

Die Psychiatrie ist der einzige Bereich, wo es bisher eine geltende verbindliche Personalbemessung gibt (Psychiatrie-Personalverordnung – Psych PV). Diese wird derzeit neugestaltet – leider hinter verschlossenen Türen. Die Geheimniskrämerei um diese Überarbeitung wird uns womöglich eine weitere Mogelpackung bescherehen. Notwendig ist eine PsychPVplus – mit einem deutlichen Personalzuwachs. Denn ohne genug Personal kann es keine menschenwürdige psychiatrische Behandlung für die Patient*innen geben. Auch dafür machen wir Druck!

Unser Ziel ist eine bundesweit einheitliche, bedarfsgerechte Personalbemessung für alle Berufsgruppen in den psychiatrischen und somatischen Krankenhäusern.

Wir sehen Sie als Landesgesundheitsminister*innen und Senator*innen in der politischen Verantwortung, bedarfsgerechte Personalstärken verbindlich vorzuschreiben. In Berlin, Hamburg, Bayern und Bremen haben wir die Gesetzesvorlagen bereits formuliert. Sie können sofort umgesetzt werden!!!

Der Mensch gehört in den Mittelpunkt der Gesundheitsversorgung im Speziellen und der Daseinsvorsorge im Allgemeinen. Die Patient*innen und Beschäftigten in den Krankenhäusern erleben derzeit täglich etwas anderes.

Der Film »Der marktgerechte Patient«, der seit dem letzten Herbst zu sehen ist, zeigt eindrücklich, welche Auswirkung die Gewinnorientierung in den Krankenhäusern hat. Diese Politik macht krank und verursacht vermeidbare Todesfälle. Profite pflegen keine Menschen! Daseinsvorsorge gehört wieder in öffentliche Hand und unter staatliche Kontrolle. Wie kann es sein, dass Beitragsmittel der Krankenkassen über die Gewinne der Krankenhäuser als Dividenden an Aktionäre ausgeschüttet werden? Gleichzeitig arbeiten viele Beschäftigte in Krankenhäusern unter prekären Bedingungen und müssen z.T. ihren Lohn mit staatlichen Leistungen aufstocken. Auch da werden Konzerne mit Steuergeldern subventioniert.

Wir Beschäftigte, die in den Krankenhäusern mit und für Patient*innen arbeiten, wollen unsere Arbeit gut machen. Patient*innen haben ein Recht darauf, gut versorgt zu werden.

Dafür gehen wir am 5. Juni auf die Straße.

Es wird am 5. Juni eine gemeinsame Aktion verschiedener Bereiche des Gesundheitswesens geben. Genauere Infos zu Aktionsformen und genauer Zeitplanung folgen und werden Kürze auf der Homepage des Bündnisses Krankenhaus statt Fabrik zu finden sein: <https://www.krankenhaus-statt-fabrik.de/>

Plant Euch aber den 5. Juni schon einmal frei.

Unterzeichnende Bündnisse

- Bündnis Krankenhaus statt Fabrik
- Berliner Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus
- Bremer Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus
- Kölner Bündnis für mehr Personal im Gesundheitswesen
- Überbetriebliches Solidaritätskomitee Rhein-Neckar
- Düsseldorfer Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus